

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Juni 1984
am Donnerstag, dem 7. Juni 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	90	Jungmann (SPD)	47, 48
Bachmaier (SPD)	75, 76	Kastning (SPD)	79, 80
Becker (Nienberge) (SPD)	62	Kirschner (SPD)	1, 2
Berschkeit (SPD)	10, 11	Dr. Klejdzinski (SPD)	36
Bindig (SPD)	67, 93	Kuhlwein (SPD)	68, 69
Frau Blunck (SPD)	81, 82	Lutz (SPD)	18, 19
Breuer (CDU/CSU)	49, 50	Frau Odendahl (SPD)	7
Büchner (Speyer) (SPD)	85, 86	Reents (DIE GRÜNEN)	45, 46
Dr. von Bülow (SPD)	24, 25	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	4, 72
Dr. Czaja (CDU/CSU)	56, 57	Saurin (CDU/CSU)	51
Frau Dr. Czempiel (SPD)	41, 42	Dr. Scheer (SPD)	54, 55
Dreßler (SPD)	37, 38	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	63
Egert (SPD)	20, 21	von Schmude (CDU/CSU)	33, 34
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD)	60, 61	Schwenninger (DIE GRÜNEN)	8, 9
Dr. Enders (SPD)	73, 74	Sielaß (SPD)	64
Fischer (Osthofen) (SPD)	3	Frau Simonis (SPD)	35
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	16, 17	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	31, 32
Gansel (SPD)	91, 92	Dr. Sperling (SPD)	5, 6
Gilges (SPD)	22, 23	Frau Steinhauer (SPD)	77, 78
Grünbeck (FDP)	26	Stiegler (SPD)	27, 87
Frau Dr. Hamm- Brücher (FDP)	52, 53	Voigt (Frankfurt) (SPD)	58, 59
Hauck (SPD)	14, 15	Waltemathe (SPD)	66
Hedrich (CDU/CSU)	39, 40	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	70, 71
Horn (SPD)	30	Frau Weyel (SPD)	65
Huonker (SPD)	83, 84	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	88, 89
Immer (Altenkirchen) (SPD)	43, 44	Würtz (SPD)	28, 29
Jaunich (SPD)	12, 13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	17

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie werden sich die von der Bundesregierung beabsichtigte Erhöhung der Vorsteuerpauschale um 5 v. H. ab 1. Juli 1984 und die Agrarbeschlüsse der EG auf die Einkommen der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe, gestaffelt nach Vierteln wie im Agrarbericht, auswirken?
2. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Auf welchen Betrag belaufen sich die nationalen Beihilfen und Subventionen im letzten Jahr für die Landwirtschaft, und wie gliedern sie sich auf?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

3. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die 2000 jungen Fernmeldetechniker, deren Ausbildung im Spätsommer dieses Jahres beendet sein wird, bei der Deutschen Bundespost weiter zu beschäftigen?
4. Abgeordnete
Frau
Reetz
(DIE GRÜNEN) Welche postpolitischen Ziele verfolgte Bundespostminister Schwarz-Schilling mit seiner Reise nach China, die er, wie das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL Nr. 17/84, Seite 25, berichtet, zusammen mit seiner Ehefrau unternahm, und wie wurden die Kosten der Reise gedeckt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um entsprechend der Ankündigung von Bundeswohnungsbauminister Dr. Schneider die Zuständigkeiten von Architekten zu klären und ihre Verantwortung zu definieren, um damit eine Kongruenz zwischen Kompetenz und Verantwortlichkeit wiederherzustellen?
6. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen, um die Architekturfreiheit wiederherzustellen, soweit sie durch den „politischen Kalender“ eingeschränkt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

7. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Wie hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die Zahl der BAföG-Anträge von Studienanfängern in Aachen und Freiburg bei richtiger Zählung entwickelt – in einer Erklärung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 18. April 1984 wurde die Umfrage des Deutschen Studentenwerks über Änderungszahlen bzw. Rückgang der BAföG-Anträge von Studienanfängern insbesondere hinsichtlich der Ergebnisse in Aachen und Freiburg kritisiert –, und welche neuen Ergebnisse liegen vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

8. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN)
- Was hat die Erstellung des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit herausgegebenen Posters „Von Kindern in fernen Ländern“ insgesamt gekostet?
9. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN)
- Wurde vor Erstellung dieses Posters die seit langen Jahren vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziell unterstützte Arbeitsgruppe „Dritte Welt in der Grundschule“ unter Leitung von Prof. Rudolf Schmitt, Bremen, dazu konsultiert, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

10. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß, nachdem zum Jahresbeginn die bisher unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Eisenbahnpersonenverkehr eingestellt wurde und ab 1. April 1984 der Kreis der freifahrtberechtigten Behinderten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ebenfalls in mehrfacher Hinsicht begrenzt wurde, an den Rollstuhl gebundene, z. B. Multiple-Sklerose-Behinderte, die sogar die Wertmarke für den ÖPNV ohne Eigenbeteiligung erhalten haben, keine Verkehrsmittel im ÖPNV mehr benutzen können?
11. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- War es Absicht der Bundesregierung, bei der Änderung des Schwerbehindertenrechts die an den Rollstuhl gebundenen Schwerbehinderten, die ohnehin nur unter sehr widrigen Umständen eine Fahrt mit der Deutschen Bundesbahn machen können – in der Regel im Gepäckabteil – und mit ihrem Rollstuhl kein anderes öffentliches Verkehrsmittel benutzen können, auch noch die Fahrt im einzigen öffentlichen Verkehrsmittel (Gepäckabteil) bezahlen zu lassen?

- | | |
|---|---|
| 12. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Warum hält die Bundesregierung an dem bereits in der Regierungserklärung angekündigten Ziel fest, mit dem Abbau der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich zu beginnen, obwohl inzwischen alle im Krankenhauswesen verantwortlichen Verbände und sogar einige Landesfachminister den Rückzug des Bundes aus der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich abgelehnt haben? |
| 13. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung weiterhin, den Rückzug des Bundes aus der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich zum 1. Januar 1985 mit einer Neuordnung der Krankenhausfinanzierung zu verbinden, oder bedeutet die Erarbeitung der Regelungen zum Abbau der Mischfinanzierung durch den Bundesminister der Finanzen, daß außer der Kostenverlagerung auf die Länder zur Lösung der Krankenhausfinanzierungsprobleme nichts geschieht? |
| 14. Abgeordneter
Hauck
(SPD) | Welche Chancen sieht die Bundesregierung angesichts der zum Teil sehr unterschiedlichen Initiativen und Vorstellungen einzelner Bundesländer, eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung vorzuschlagen, die von der Mehrheit der Bundesländer akzeptiert wird und zugleich den drängenden Problemen in diesem Bereich Rechnung trägt? |
| 15. Abgeordneter
Hauck
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Teil der Investitionskosten im Krankenhausbereich auf die Krankenkassen zu verlagern, und wenn ja, wie ist diese Absicht mit dem Ziel zu vereinbaren, die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung stabil zu halten? |
| 16. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD) | In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die Empfehlungen der von ihr eingesetzten „Beratergruppe zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung“, vor allem die Abkehr vom vollpauschalierten Pflegesatz, vom Kostendeckungsprinzip und von der ausschließlich staatlichen Bedarfsplanung, zu berücksichtigen? |
| 17. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD) | Wie gedenkt die Bundesregierung das im Sozialbericht 1983 genannte Ziel, die Krankenhäuser gleichgewichtig in die Kostendämpfung in der gesetzlichen Krankenversicherung einzubeziehen, umzusetzen? |
| 18. Abgeordneter
Lutz
(SPD) | Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß zumindest die Mittel, die der Bund in der Vergangenheit für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt hat, auch in Zukunft durch die Länder und Gemeinden dem Krankenhausbereich zur Verfügung gestellt und nicht für andere Zwecke verwendet werden? |

19. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Wettbewerbsnachteile zwischen den öffentlichen und freigemeinnützigen Krankenhäusern, die dadurch entstehen, daß die freien und gemeinnützigen Krankenhausträger nicht — wie die kommunalen Krankenhausträger — die Möglichkeit haben, die Finanzierungslücken aus öffentlichen Mitteln zu decken?
20. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche Möglichkeiten und Kompetenzen verbleiben der Bundesregierung nach dem Rückzug aus der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich, vor allem hinsichtlich der finanziellen Sicherung und Fortentwicklung besonderer, länderübergreifender Aufgaben im Krankenhausbereich (z. B. länderübergreifende Krankenhaus-einrichtungen für Herzchirurgie und Schwerebrandverletzungen) und bei der Umstellung nicht bedarfsnotwendiger Versorgungseinheiten auf andere Aufgaben (z. B. für Pflegefälle)?
21. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dem Problem der Fehlbelegungen in den Krankenhäusern entgegenzuwirken (insbesondere in den im Sozialbericht 1983 genannten Bereichen ambulante Sozialstationen, häusliche Pflege, Abstimmung von Krankenhausversorgung und kassenärztlicher Versorgung)?
22. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsstau im Krankenhausbereich, und was gedenkt die Bundesregierung zum Abbau dieses — auch beschäftigungspolitisch schädlichen — Investitionsstaus beizutragen?
23. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung verschiedener Experten, die bei einem Reinvestitionsbedarf im Krankenhausbereich von 6 Milliarden DM und öffentlichen Finanzhilfen von 4,3 Milliarden DM für 1983 eine erhebliche Finanzierungslücke festgestellt haben, und was gedenkt die Bundesregierung zum Abbau dieser Finanzierungslücke zu unternehmen?
24. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Kinderrettungstiftung Björn Chriske, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Behandlung von Verbrennungsschäden, insbesondere bei Kindern, finsterste Provinz sei?
25. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung angesichts des Rückzugs des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung auf Länder und Kommunen Einfluß zu nehmen, um diesen Mangel abzuheben?

26. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Steht der Bundesregierung Zahlenmaterial über den finanziellen Umfang freiwilliger sozialer Leistungen von Unternehmen an Betriebsangehörige zur Verfügung, und in welchem Verhältnis stehen diese freiwilligen sozialen Leistungen zu den gesetzlich vorgeschriebenen?
27. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie sind die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt worden, und hält die Bundesregierung angesichts des unterschiedlichen Mittelabflusses diesen Verteilungsschlüssel für veränderungsfähig?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

28. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Sind dem Bundesminister der Verteidigung noch immer Klagen von ausgeschiedenen bzw. ausscheidenden Berufssoldaten über ungenügendes sogar mangelhaftes Informationsmaterial des Dienstherrn beim Dienstherrn bekannt, und wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant, um diesen Mißstand zu beseitigen?
29. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Wie bewertet der Bundesminister der Verteidigung die Senkung des Versetzungsumfangs im Jahre 1982 auf etwas mehr als 9000 Familien, und wie sehen die Zahlen für 1983 sowie für das erste Halbjahr 1984 aus?
30. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Wie viele Übungen und Mannöver der Landstreitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Bundeswehr, nationale Übungen der Stationierungstreitkräfte, NATO-Übungen) haben im Jahr 1983 das Gebiet des Vogelsberg-Kreises berührt, und von wie vielen Übungen wird der Vogelsberg-Kreis im Jahr 1984 voraussichtlich berührt werden?
31. Abgeordnete
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß während eines Manövers des Panzerbataillons Landsberg/Lech in dem Ort Webams bei Kaufbeuren (Landkreis Ostallgäu) aus einem Panzer mit – wie sich später herausstellte – Platzpatronen auf eine Frau und deren vierjährige im Garten spielende Tochter geschossen wurde (siehe Bericht der ALLGÄUER ZEITUNG vom 8. Mai 1984)?
32. Abgeordnete
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern?

33. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist derzeit der Anteil der Wehrpflichtigen, der auf Grund mangelnder Tauglichkeit weder Wehrdienst noch Ersatzdienst leistet, und welche Überlegung stellt die Bundesregierung an, um die Tauglichkeitsfeststellung realistischer und gerechter zu treffen?
34. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Wieviel Einsprüche gegen die festgesetzte Tauglichkeitsstufe sind anhängig, und ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der Prozentsatz bei denjenigen Wehrpflichtigen ist, die nach abgelehnten Einsprüchen gegen die Tauglichkeit als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden wollen?
35. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1984, die bisher geübte Praxis, daß angesichts der Doppelnatur des Sanitätsoffiziers (einerseits Arzt, andererseits Soldat) das Dienstrecht des Soldaten das ärztliche Berufsrecht nicht außer Kraft setzen könne, nicht mehr Gültigkeit hat, und welche Konsequenzen hat dies gegebenenfalls für weibliche Sanitätsoffiziere?
36. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welche Gründe sind dafür ausschlaggebend, daß entgegen der bisherigen Ankündigung der Bundesregierung das deutsch-amerikanische Regierungsabkommen über PATRIOT/ROLAND nicht während der NATO-Tagung vom 15. bis 17. Mai 1984 in Brüssel unterzeichnet worden ist?
37. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Sind zum Transport der Druckexemplare der Protokolle des Stuttgarter Parteitages der CDU von der Druckerei nach Stuttgart im Eigentum der Bundesregierung stehende Transportmittel benutzt worden, insbesondere Flugzeuge?
38. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Wenn ja, durch wen ist die Inanspruchnahme dieser Transportmittel veranlaßt worden?
39. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium der Verteidigung, die Bemühungen der Bundesregierung zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen?
40. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Sind die bisher im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung bereitgestellten Ausbildungsplätze durch Kürzung der Haushaltsmittelsätze und gegebenenfalls andere Sparmaßnahmen gefährdet?

41. Abgeordnete
**Frau
Dr. Czempiel**
(SPD)
- Hat der Bundesminister der Verteidigung seine Zustimmung für die inzwischen fertiggestellten Bauarbeiten der US-Streitkräfte auf der von ihnen als Hubschrauberplatz benutzten Liegenschaft in Fulda/Sickels gegeben, bzw. ist er über den vollen Umfang der Bauarbeiten von den amerikanischen Streitkräften unterrichtet worden?
42. Abgeordnete
**Frau
Dr. Czempiel**
(SPD)
- Ist der Bundesminister der Verteidigung der Auffassung, daß es notwendig war, fast die gesamte Fläche des Flugplatzes zu betonieren oder ist er vielmehr mit mir der Auffassung, daß für die US-Streitkräfte in Fulda/Sickels eine Flugplatzanlage ausreichend gewesen wäre, wie sie üblicherweise bei der Bundeswehr und auch auf anderen amerikanischen Flugplätzen vorhanden ist?
43. Abgeordneter
**Immer
(Altenkirchen)**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, damit sich der Absturz einer Militärmaschine mit unabsehbaren katastrophalen Folgen – wie in Linz am Rhein – nicht wiederholen kann, und inwieweit ist sie in der Lage, auf die NATO-Partner erfolgreich einzuwirken, daß sie sich gegebenenfalls den Entscheidungen unterwerfen?
44. Abgeordneter
**Immer
(Altenkirchen)**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die abgestürzte niederländische Düsenmaschine mit dem Zusatztreibstoff Hydrazin ausgerüstet war, der als hochgiftig bekannt ist und bei Beschädigung des Behälters in Linz am Rhein eine Katastrophe hätte herbeiführen können, wobei im Absturzgebiet rund 900 Personen – einschließlich der 200 Patienten und 200 Pflegekräfte im 150 Meter von der Absturzstelle gelegenen Krankenhauses – getötet oder verletzt worden wären, und was gedenkt sie zu tun, damit in Zukunft solche hochgiftigen Stoffe nicht mehr verwendet werden?
45. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die folgenden von ihr vertretenen Angaben über die Anzahl der stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 weiterhin für gesichert
- a) 351 SS 20 im März 1983 (laut Bericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung 1983, Unterrichtung durch die Bundesregierung; Tabelle auf S. 18);
 - b) Bundesverteidigungsminister Wörner am 15. Juni 1983: „Jetzt hat die Sowjetunion 351 SS 20“ (Plenarprotokoll 10/13, S. 721 D);
 - c) „Im September 1983 verfügte die Sowjetunion über 39 Stellungen mit 351 einsatzbereiten SS 20-Raketen“ (Weißbuch 1983, S. 77);
 - d) Bundesverteidigungsminister Wörner am 22. November 1983: Es sei eine „Tatsache, daß die Sowjets während der Verhandlungen

–im übrigen: bis zum heutigen Tage– jede Woche eineinhalb Raketen in Stellung gebracht haben“ (Plenarprotokoll 10/36, S. 2462 A);

und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die gegenwärtig stationierte Anzahl sowjetischer SS 20 vorliegen?

46. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung die Meldung der „International Herald Tribune“ vom 28. Mai 1984 bestätigen, die sich auf offizielle Quellen aus den Verteidigungsministerien der USA und der Bundesrepublik Deutschland beruft, wonach künftig keine Ankündigungen weiterer Raketenstationierungen von Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik Deutschland mehr gemacht werden sollen, um einen öffentlichen Protest dagegen zu vermeiden, und wenn ja, soll sich diese Geheimhaltung dann auch auf die endgültig beabsichtigte Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Pershing II und Cruise Missiles erstrecken?

47. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)

Trifft es zu, daß an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg im Fachbereich Pädagogik eine C4-Professurvertretung entgegen dem Beschluß des zuständigen Fachbereichsrats Pädagogik auf einseitige Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung vom 31. März 1984 bis zum 30. September 1984 verlängert wurde, und wenn ja, warum wurde der für die Belange der wissenschaftlichen Lehre allein zuständige Fachbereichsrat Pädagogik nicht eingeschaltet?

48. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)

Ist es richtig, daß der Bundesminister der Verteidigung beabsichtigt, den jetzigen Vertreter der C4-Professur „Allgemeine Pädagogik“ auf Dauer zu berufen, obwohl die zuständige Berufungskommission und ein unabhängig urteilender Professor der Universität Hamburg bei der Prüfung der Bewerbung zu dem Ergebnis gekommen sind, daß der Bewerber „auch im zweiten Verfahrensdurchlauf trotz mehrfacher gründlicher Prüfung nicht konkurrenzfähig“ ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

49. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den Bedarf für eine überregionale Straßenverkehrsverbindung zwischen dem Autobahnkreuz Olpe-Süd und Hattenbach (Nord-Ost-Hessen), nachdem sich sowohl die nordrhein-westfälische als auch die hessische Landesregierung gegen einen Weiterbau der Bundesautobahn 4 ausgesprochen haben?

50. Abgeordneter
Breuer
(CDU/CSU)
- Würde die Bundesregierung auf Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Fortschreibung des Bedarfsplanes für Bundesfernstraßen im Bereich des Kreises Siegen-Wittgenstein als Ersatz für einen Weiterbau der Bundesautobahn 4 einer reinen Verbesserung der bestehenden innerregionalen Straßenverkehrswege, also einer faktischen Nulllösung bezüglich der überregionalen Straßenverkehrsverbindungen zustimmen können?
51. Abgeordneter
Saurin
(CDU/CSU)
- Ist angesichts der verstärkten Attraktivität für den Schienenverkehr über die Vogelfluglinie damit zu rechnen, daß die geplante Eisenbahn-Fährverbindung zwischen Lübeck und Trelleborg bzw. Malmö in absehbarer Zeit nicht mehr zustande kommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

52. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in wieviel Fällen in den letzten zwei Jahren Anträge von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland für Einreisevisa nach Südafrika seitens der südafrikanischen Regierung abgelehnt wurden?
53. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Erwägt die Bundesregierung ihrerseits die Einführung von Einreisevisa für Südafrikaner, falls die restriktive Haltung Südafrikas sich nicht ändert, und welche anderen Konsequenzen erwägt die Bundesregierung?
54. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Hält die Bundesregierung fest an ihrer Auffassung, die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans stehe im Einklang mit dem „Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion vom 26. Mai 1972 über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper“?
55. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Verpflichtung der Vertragspartner des genannten Vertrages, gemäß Artikel V „keine ABM-Systeme oder Bestandteile zu entwickeln, zu erproben oder zu dislozieren ...“ mit der schriftlichen Erklärung Verteidigungsminister Weinbergers vom 6. März 1984, er habe zusätzliche 250 Millionen Dollar beantragt, „um mit dem Erproben der Tödlichkeit von Waffen zu beginnen, das Überleben von Weltraumfahrzeugen zu erforschen und andere neue technologische Chancen zu erkunden“?
56. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Bleibt ein Hauptziel unserer Außenpolitik die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas durch friedlichen Wandel?

57. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine langfristige Entfaltung der Ost-West-Beziehungen nicht die sowjetische Auffassung von der „friedlichen Koexistenz“, wie sie im Sinne ihrer ständigen Auslegung auch vor kurzem Außenminister Gromyko zum 114. Geburtstag Lenins öffentlich darlegte, zur Grundlage haben kann, und hält sie die Zeit für reif zu substantiellen Gesprächen über die Gestaltung langfristiger Ost-West-Beziehungen?
58. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß Mitglieder der Bundesregierung eine Petition der „Schlesischen Jugend“ unterzeichnet haben, in der die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen von der Einräumung von Minderheitsrechten für die Deutschen in „Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands“ abhängig gemacht wird, und trifft es weiter zu, daß diese Petition vom Staatsminister im Bundeskanzleramt, Vogel, nicht nur entgegengenommen worden ist, sondern daß von ihm darüber eine Presseerklärung herausgegeben und über den Informationsfunk des Bundespresseamtes an alle Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland verbreitet worden ist, in der ebenfalls die Formulierung „in Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands“ verwendet wurde?
59. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt in einer späteren Ausgabe des Informationsfunks die Presseerklärung von Staatsminister Vogel dadurch korrigiert hat, daß es die Worte „in Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands“ durch die Worte ersetzt hat „in Schlesien und anderen Teilen Mittel- und Osteuropas“, und wie hat der Bundeskanzler auf den Protest reagiert, der gegen diese „Korrektur“ des Auswärtigen Amtes bei ihm eingelegt worden ist?
60. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von Mitgliedern der Bundesregierung unterschriebene und vom Bundeskanzleramt nicht nur entgegengenommene, sondern auch verbreitete Petition der „Schlesischen Jugend“ mit der Formulierung „in Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands“ im Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 steht?
61. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die angeführte Formulierung von unseren polnischen Nachbarn als Provokation verstanden wird, und was hat der Bundeskanzler unternommen, um dem entgegenzutreten und Zweifel an der Vertragstreue der derzeitigen Bundesregierung auszuräumen?

62. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, an der Politik des Ausgleichs und der Fortentwicklung der Beziehungen nach dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 gemäß Sinn und Wortlaut unbeirrt festzuhalten?
63. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die uneingeschränkte Gültigkeit des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 zu bekräftigen?
64. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Kann die Bundesregierung aus dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, insbesondere die Bestimmungen des Artikels I, Abs. 1 „die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie ihren Verlauf im Kap. IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet“ als absolut gültig bestimmen?
65. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Kann die Bundesregierung wegen aktueller Äußerungen polnischer und deutscher Politiker den Absatz 2 des Artikels I des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 „Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität“ als jederzeit gültig unterstreichen?
66. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Absatz 3 des Artikels I des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 „Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“ jetzt und in Zukunft als Bestandteil deutscher Politik besonders hervorheben?

67. Abgeordneter
Bindig
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es unter der derzeitigen Regierung der Islamischen Republik Iran zu schätzungsweise 30000 Ermordungen von Angehörigen oppositioneller Parteien sowie religiöser und ethnischer Minderheiten gekommen ist, und welche konkreten Schritte sind von der Bundesregierung angesichts dieser gravierenden fortwährenden Menschenrechtsverletzungen im Iran erfolgt, oder gedenkt sie zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

68. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Was hat den Bundesminister des Innern veranlaßt, ein Schulbuch in Auftrag zu geben, das nach Pressemitteilungen in 80000 Exemplaren an Lehrer und Schüler des 9. und 10. Schuljahres verteilt werden soll und das nach den gleichen Presseberichten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen dienen und zu aktuellen politischen Problemen der inneren Sicherheit Stellung nehmen soll?

69. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Wer wurde als Autor beauftragt, und welche Vorgaben wurden dem Autor gegeben?

70. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)

Hat der Bundesminister des Innern seinen Plan, ein Schulbuch zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen herauszugeben (siehe Frankfurter Rundschau vom 24. Mai 1984), mit den Ländern und den Kultusministern der Länder abgestimmt, die die verfassungsmäßige Zuständigkeit für die Genehmigung von Schulbüchern haben?

71. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)

Aus welchen Etatmitteln wird das Vorhaben des Bundesministers des Innern, ein Schulbuch zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen herauszugeben, finanziert?

72. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)

Auf Grund welcher Informationen besteht die Bundesregierung auf Fälschungssicherheit für den geplanten maschinenlesbaren Personalausweis konkret, welche Zahlen sind der Bundesregierung bekannt über erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung durch die Aufdeckung von Fälschungen des Personalausweises?

73. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)

In welchen Standorten des Bundesgrenzschutzes wird die Arbeitsgruppe in der Waffenwerkstatt aufgelöst, und wie viele qualifizierte Arbeitsplätze gehen dadurch verloren?

74. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung die von dieser Maßnahme betroffenen Vorhandwerker vor Nachteilen bewahren, da sie die Vorwerkerzulage von monatlich 270 DM verlieren und eine mindere Rentenbemessung hinnehmen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

75. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Aussage, es sei derzeit nicht erforderlich, das Recht der Untersuchungshaft neu zu ordnen, vielmehr müsse erst das Ergebnis einer Untersuchung, die Ende 1985 abgeschlossen sein werde, abgewartet und sorgfältig geprüft werden (Protokoll der 67. Sitzung vom 12. April 1984, S. 4701), mit ihrer Äußerung vom 24. April 1984 (Drucksache 10/1351), die Bundesregierung habe bisher von der Ermächtigung zum Erlaß einer Rechtsverordnung gemäß § 144 Abs. 2 Strafvollzugsgesetz keinen Gebrauch gemacht, weil andere Vorhaben, wie u. a. die Regelung der Untersuchungshaft, vorrangig zu bearbeiten seien?
76. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Läßt die letztgenannte Äußerung den Schluß zu, daß die Bundesregierung entgegen der erstgenannten Aussage die Neuordnung des Rechts der Untersuchungshaft doch für vordringlich hält, und wenn ja, welches ist der gegenwärtige Stand der Arbeiten an diesem Gesetzgebungsvorhaben?
77. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Heimat- und ähnliche gemeinnützige Vereine, wenn sie im Rahmen ihrer Arbeit Musik oder Gesang darbieten oder aber Schallplatten und Musikkassetten abspielen lassen, neuerdings erhebliche GEMA-Gebühren zahlen müssen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
78. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Existenz dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zu sichern, und ist sie bereit, gegebenenfalls die Gesetze zu ändern und bessere Möglichkeiten für die Ablösung der Tantiemen zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

79. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Schreibt die Besprechungsniederschrift des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. April 1982— VI C 1 — VV 1390 — 5/82 (Besprechungspunkt 17) bei Anträgen zum Erwerb von Erbbaugrundstücken des Bundes im Bundestagswahlkreis Nienburg/Schaumburg, bei deren Bearbeitung das Bundesvermögensamt Hannover bei der Ermittlung des Verkehrswertes der Grund-

- stücke zusätzlich die von den Erbbauberechtigten bereits gezahlten Erschließungskosten in die Wertermittlung aufnimmt, der zuständigen Behörde unzweifelhaft und zwingend eine Einbeziehung bereits gezahlter Erschließungskosten bei der Bodenwertermittlung vor?
80. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Falle einer Fehlinterpretation der Besprechungsniederschrift des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. April 1982 zu korrekter Verfahrensweise aufzufordern oder aber anderenfalls unverzüglich diese rechtlich und sozialpolitisch problematische Verwaltungspraxis zu beenden?
81. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß gemeinnützige Vereine, die etwa durch Sammeln und Veräußern von Altpapier erst die finanziellen Voraussetzungen für ihre gemeinnützige Arbeit schaffen, steuerlich in Anspruch und dadurch bei ihrer gesellschaftlich nützlichen und wertvollen Tätigkeit erheblich eingeschränkt werden?
82. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Wege einer Gesetzesänderung dafür Sorge zu tragen, daß diese Art „wirtschaftlicher“ Betätigung gemeinnütziger Vereine im Hinblick auf den förderungswürdigen Zweck zukünftig steuerlich begünstigt wird?
83. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei der angekündigten Neuregelung der steuerlichen Förderung des Wohnungseigentums neben den Herstellungs- und Anschaffungskosten (Gebäudekosten) die Grundstückskosten in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, nachdem im Rahmen der vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau öffentlich vertretenen Konzeption (Aufhebung der Nutzungswertbesteuerung/Privatgutlösung) für die Beschränkung der Bemessungsgrundlage auf die Baukosten keine steuersystematische Notwendigkeit besteht, der Anteil der Grundstückskosten an den Gesamtkosten, insbesondere in Ballungsgebieten, bis zu 30 v. H. und mehr beträgt und die Bundesregierung die Bemessungsgrundlage „limitierte Kreditsumme“ offenkundig ablehnt?
84. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Wird die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß nach ihrer Auffassung die Lage der öffentlichen Haushalte neue Subventionen für die Landwirtschaft in Milliardenhöhe über die Kompensation für den Abbau des Grenzausgleiches hinaus zuläßt, im Rahmen der angekündigten Neuregelung und Verbesserung der Förderung des Wohneigentums die Verkürzung der Festlegungsfrist beim Bausparen von zehn auf sieben Jahre sowie die Erhöhung der Einkommensgrenzen und der begünstigten Bausparsummen bei der staatlichen Förderung des Bausparens vorschlagen?

85. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wann ist die Bundesregierung bereit, die vom Deutschen Sportbund (DSB) erhobenen Forderungen – zuletzt in dem Acht-Punkte-Programm des DSB vom 28. Februar 1983 – nach weiteren steuerlichen Vergünstigungen für die rund 60 000 Sportvereine zu erfüllen, wie dies der Präsident des DSB anlässlich des DSB-Bundestages am 26. Mai 1984 in Bad Homburg mit Nachdruck gefordert hat?
86. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Welche Forderungen des Antrages auf Drucksache 8/2668 der Fraktion der CDU/CSU vom 15. März 1979 nach steuerlichen Vergünstigungen für die Sportvereine ist die Bundesregierung bereit zu erfüllen, und wann können die Sportorganisationen gegebenenfalls damit rechnen?
87. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Steuerausfälle würde es verursachen, wenn geschiedene, zu Unterhaltszahlungen an den früheren Ehegatten und die Kinder verpflichtete Ehegatten während der Dauer der Unterhaltsverpflichtung/Unterhaltszahlung wie Verheiratete nach der Splittingtabelle besteuert würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

88. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die kriegerischen Auseinandersetzungen im Persischen Golf hinsichtlich der europäischen und deutschen Ölversorgung, und wie gedenkt sie darauf zu reagieren?
89. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Erfolgen die Verhandlungen des Landes Baden-Württemberg und der Badenwerke mit Electricité de France (EDF) über die Beteiligung an zwei neuen Kernkraftwerksblöcken und der entsprechenden Stromabnahme mit Wissen und Billigung der Bundesregierung, und wenn nein, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorhaben, vor allem auch in seinen Auswirkungen auf den Kohle-Verstromungsvertrag?
90. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß künftig bei Baumaßnahmen im Bundesgebiet – und speziell bei solchen, bei denen der Bund Auftraggeber ist – nicht Leiharbeiter und Kolonnen von Arbeitern aus der „DDR“ eingesetzt werden?
91. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- In welchem Stadium befinden sich Genehmigungsverfahren zur Lieferung von Rüstungsgütern und Kriegswaffen nach Saudi-Arabien und Syrien?

92. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

In welchen Fällen ist die Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in den Irak und in den Iran seit dem 1. September 1980 genehmigt worden?

93. Abgeordneter
Bindig
(SPD)

Trifft es zu, daß trotz einer enormen Steigerung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran (Steigerung der deutschen Ausfuhren in den Iran 1983/82 um 126,8 v. H.) der Besuch von Mitgliedern der Bundesregierung, z. B. Staatssekretär Dr. von Würzen, im Iran vornehmlich dem „Abbau wirtschaftlicher Berührungängste des Iran“ dient?

Bonn, den 1. Juni 1984

